

**Große Anfrage der Fraktion der CDU****Bremer Brustkrebs-Screening-Programm (BBSP)**

Die beste bekannte Waffe gegen den Brustkrebs ist die Früherkennung. Das Mamma-Screening hat in europäischen Ländern gute Ergebnisse gebracht; in Deutschland ist es längst überfällig. Es ist also zu begrüßen, dass Bremen den Zuschlag für ein Screening-Programm bekommt, das alle leistungsfähigen, vorhandenen Gesundheitsstrukturen mit einbindet, um es für Patientinnen und Ärzte akzeptabel und damit umsetzungsfähig zu machen.

Das Screening-Programm erfasst Frauen vom 50. bis zum 69. Lebensjahr und muss 70 % dieser Zielgruppe erfassen.

Wir fragen deshalb den Senat:

1. Gemäß neuester Untersuchung des Instituts für Sozialmedizin der Universität Marburg, stellt der Brustkrebs für die 25- bis 45jährigen Frauen die wichtigste einzelne Todesursache dar. Welche Methoden der Früherkennung plant der Senat für diese Altersgruppe?
2. Das Screening ist eine wichtige Ergänzungsmethode der jetzt schon bekannten und bewährten Diagnostik. Wie stellt der Senat sicher, dass der Tastbefund und die Ultraschalluntersuchung im Mammazentrum Eingang finden und sich die Diagnostik nicht auf ein Instrumentarium verkürzt?
3. Wie groß beziffert der Senat die Zielgruppe für das Mammazentrum und welche Anzahl medizinischer Fachkräfte werden für das Screening den Frauen für die Diagnostik und das Gespräch zur Verfügung stehen?
  - 3.1. Wie viele medizinisch-technische Assistenten/-innen werden für das Mammazentrum eingeplant?
  - 3.2. Hat der Senat psychologische Fachkräfte im Mammazentrum eingeplant, und wenn ja, wie hoch wird die Zahl dieser Fachkräfte beziffert?
  - 3.3. Welche Arbeitsverträge werden den Beschäftigten im Bremer Mammazentrum angeboten, das heißt: wie viele unbefristete Festeinstellungen sind geplant, welcher Tarifvertrag wird Anwendung finden, wie werden die Arbeitszeiten gestaltet, um sicherzustellen, dass berufstätigen Frauen entsprechende Untersuchungszeiten angeboten werden können?
    - 3.3.1. Wie hoch beziffert der Senat die voraussichtlichen Personalkosten?
4. Das Bremer Brustkrebs-Screening-Programm soll regional gegliedert werden für Bremen-Stadt und Bremen-Nord. Wie hoch beziffert der Senat die Zielgruppe in Bremen-Nord, mit einem Einzugsgebiet von rund 130.000 Einwohnern?
  - 4.1. An welchem Standort hat der Senat das Bremer Brustkrebs-Screening-Programm in Bremen-Nord geplant?
5. Wie und wann hat der Senat die Röntgenabteilung und gynäkologische Abteilung der jeweiligen Krankenhäuser und die niedergelassenen Radiologen und Gynäkologen über die Planungen des Bremer Brustkrebs-Screening-Programms informiert und eingebunden?

6. Wie stellt der Senat sicher, dass die Erfahrungen und umfassenden Kompetenzen der Röntgenabteilungen und gynäkologischen Abteilungen in den Kliniken des Landes Bremen und bei den niedergelassenen Radiologen und Gynäkologen im Mammazentrum Eingang finden und sich zum Nutzen der Patientinnen entfalten können?
7. Welche gesetzlich vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahren sind dem Senat für die Übertragung einer Dienstleistung bekannt, und wie wurden diese Verfahren angewendet und umgesetzt?
8. Welches Betreibermodell für das Mammazentrum präferiert der Senat, und welche privatwirtschaftlichen Beteiligungen werden angestrebt und umgesetzt?
9. Welches Finanzvolumen wird für die Dauer des Modellprojektes eingesetzt, und welche Drittmittelgeber sind in die Finanzierung in welcher Höhe eingebunden?
  - 9.1. Wie hoch beziffert der Senat die Landesmittel für dieses Projekt?
  - 9.2. Zahlreiche mammographierende Praxen in Deutschland haben sich aufgrund einer Initiative des Berufsverbandes der Deutschen Radiologen (BDR) einer Qualitätsoffensive Mammographie mit den Elementen technische Qualitätskontrolle, Zweitbefundung bei unklaren Befunden und Fortbildung angeschlossen. Welche Erkenntnisse hat der Senat über den aktuellen Stand dieser Entwicklung im Lande Bremen?

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU